



Kleine Anfrage

Abg. Rolf Kahnt (AfD)

Goethe-Universität Frankfurt: Besorgniserregender Trend gegen die Meinungsfreiheit

Vorbemerkung:

Bereits im Oktober 2017 kam es an der Goethe-Universität in Frankfurt zur Absage einer durch Frau Professorin Susanne Schröter organisierten Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt. Damals hatten rund 60 Wissenschaftler mit einem offenen Brief zum Widerstand gegen den Vortrag aufgerufen.

Am 25. April 2019 wurde durch diverse Medien (u.a. FAZ, Bild, Welt, Tichys Einblick) eine über Instagram verbreitete Rufmordkampagne („Schröter_eraus“) gegen die Islamwissenschaftlerin Prof. Susanne Schröter bekannt. Auslöser der Kampagne ist eine von ihr für den 08. Mai 2019 geplante Konferenz mit dem Thema „Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder der Unterdrückung“. Organisatoren der jetzigen Kampagne sind mutmaßlich moslemische und linke Studenten der Goethe-Universität, die für sich beanspruchen für alle Studenten zu sprechen, und Prof. Schröter, verbunden mit der Forderung, sie ihrer Position zu entheben, „anti-muslimischen Rassismus“ vorwerfen.

Der ägyptisch-stämmige Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad schrieb dazu auf seiner Facebook-Seite: „Sie (linke und muslimische Studenten) verstehen Unis als „safe spaces“ für ihre Gefühle und Ideologien, und kriegen von linken Professoren, Journalisten und Politikern Unterstützung.“ Prof. Schröter sagte der FAZ: „Der Vorwurf des antimuslimischen Rassismus wird zum Totschlagargument gegen jegliche Kritik am Islam, die dadurch unmöglich gemacht werden soll“. In einem Statement verteidigt die Präsidentin der Goethe-Universität, Prof. Birgitta Wolff, die Meinungsfreiheit an der Universität.

Beide genannten Vorfälle an der Goethe-Universität sind exemplarisch für Versuche, mittels Einschüchterung eine linke Diskurshoheit an Universitäten und Hochschulen durchzusetzen.

Ich frage die Landesregierung:

- 1.) Was unternimmt die Landesregierung konkret zum Schutz des Artikel 5 Satz 3 des Grundgesetzes an hessischen Universitäten und Hochschulen?
- 2.) Was unternimmt die Landesregierung konkret zum Schutz der Meinungsfreiheit generell gemäß Artikel 5 Satz 1 des Grundgesetzes?
- 3.) Welche Maßnahmen gibt es seitens der Landesregierung, Meinungsfreiheit und wissenschaftlichen Diskurs speziell an Universitäten und Hochschulen sicherzustellen?

- 4.) Was unternimmt die Landesregierung konkret, im Hinblick auf die Teilnahme des Staatsministers Kai Klose, um die Durchführung der Konferenz am 08. Mai 2019, sowie die Sicherheit für Referenten und Gäste zu gewährleisten?

- 5.) Welche Hilfs- oder Unterstützungsmaßnahmen gibt es seitens der Landesregierung für Universitäten und Hochschulen im Hinblick auf linksextreme Bedrohungen?

Wiesbaden, den 2. Mai 2019

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Kahnt', written in a cursive style.

(Rolf Kahnt)